

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Waisenstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
In Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Neisse bei Ph. Matthes.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 302.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährig für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 29. April.

Inserate 20 Pf. die sechzehnspfennige Petzhölle oder deren Raum, Neclamer verhältnismäßig höher, sind für die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittag angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 28. April. Der Kaiser hat im Namen des Reichs an Stelle des auf sein Ansuchen entlassenen Konsuls Enrico Bonzoni den Professor Agostino Solomone zum Konsul in Savona ernannt. Dem Redakteur der Annalen der Hydrographie und der Nachrichten für Seeleute, Dr. v. Boguslawski, und dem Vorstande des kaiserlichen Observatoriums zu Wilhelmshaven, Dr. Börgen, ist das Prädikat Professor verliehen worden.

Der König hat den Ersten Staatsanwalt Dr. Rothe in Konitz in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Flensburg versetzt; sowie den Staatsanwalt Mallmann in Düsseldorf zum Ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Stargard, und den Gerichtsassessor Neuhaus in Gelsenkirchen zum Amtsrichter ernannt; ferner den Geschäftsschreiber, Sekretär Schröder in Guben den Charakter als Kammer-Rath, und dem praktischen Arzt Dr. med. Bezael Levin in Ottweiler den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der König hat den Ersten Pfarrer Stöppel in Neidenburg zum Superintendenten der Diözese Neidenburg, Regierungsbezirk Königsberg ernannt.

Dem Notar Schirmer zu Neufkirchen ist der Wohnsitz in Homberg angewiesen. Der Amtsrichter Dr. Maniewicz in Driesen ist, unter Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Birnbaum, zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Posen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Birnbaum, der Rechtsanwalt Laschke zu Kyritz zum Notar im Bezirk des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kyritz und der Rechtsanwalt Stemann in Flensburg zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Flensburg, ernannt worden.

Die königliche Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Gesamtsitzung am 20. April den Herrn Gaston Paris, Professor am Collège de France in Paris, zum korrespondierenden Mitgliede ihrer philosophisch-historischen Klasse gewählt.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung.

Berlin, 28. April. 2 Uhr. Am Tische des Bundesrates: von Bötticher, von Marx u. A.

Eingegangen sind der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Zolltarifs und der Konsularvertrag mit Brasilien.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten und Schriftführer und zwar durchweg durch Zettel, da die Wiederwahl des ersten Präsidenten v. Levezow durch Aklamation dem Vernehmen nach an dem Anspruch des Zentrums gescheitert ist, auch Dr. v. Brandenstein als ersten Vizepräsidenten durch Aklamation zu bestätigen, wozu die liberalen Parteien nicht geneigt waren. Den Vorsitz führt während des ersten Wahlaktes der zweite Vizepräsident der vorigen Session, Dr. Adermann.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten erhält Abg. v. Levezow 162 Stimmen von 259 gültigen Stimmen; auf den Abg. Schenk von Stauffenberg fallen 97. ein Zettel ist unbeschrieben. Die Mehrheit beträgt 130 Stimmen, Abg. v. Levezow ist also gewählt.

Abg. v. Levezow: Mit erhöhter Danbarkeit für den erneuten Beweis ihres Vertrauens und ihres Wohlwollens und in Betracht der Nachsicht, die Sie mir bisher bewiesen haben, mit etwas leichterem Herzen, als vor wenigen Monaten, nehme ich die auf mich gefallene Wahl zum Präsidenten des Reichstages an. Meine geringen Kräfte, welche über allseitigen Unterstützung dringend bedürfen, übrigens zu Ihrer Verfügung stehen, sollen dahn angewandt werden, daß ich das mir übertragene Amt verwahrte, Niemand zu Liebe und Niemand zu Leide, zur Förderung der Geschäfte des Hauses, zur Wahrung seiner Würde und, so viel an mir liegt, zum Wohl des Vaterlandes, dessen Dienst Ihre und meine Ehre ist. (Lebhafte Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident v. Levezow übernimmt den Vorsitz und leitet den zweiten Wahlakt.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 257 Stimmzettel abgegeben; davon sind 2 unbeschrieben, also ungültig; es fallen auf den Abg. v. Frankenstein 159, auf den Abg. Haniel 95, auf den Abg. v. Benda 1 Stimme. Abg. v. Frankenstein ist somit gewählt; er ist im Hause nicht anwesend, wird daher aufgefordert werden, sich zu äußern, ob er die Wahl annimmt.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 246 Zettel abgegeben. Daraus sind 5 unbeschrieben, also ungültig. Von den gültigen Stimmen erhält Abg. Adermann 126, Abg. von Benda 115. Ersterer ist also gewählt.

Abg. Adermann: Ich danke für den erneuten Beweis des Vertrauens und erkläre mich zur Annahme der Wahl bereit.

Zu Schriftführern werden auf den Antrag des Abg. Windthorst vor Aklamation gewählt die Abg. von Tepw-Laski, Graf Adelmann, Noblans, Graf Kleist, Wölfel, Hermes (Parchim), Holtzmann und Poritz.

Zu Duastören beruft der Präsident die Abg. Kochann (Ahrweiler) und Hoffmann. Darauf macht der Präsident noch von dem am 10. März erfolgten Tode des Abg. v. Brauchitsch Mittheilung. Das Haus ehrt sein Andenken, indem sich die Mitglieder von ihren Sigen erheben.

Für die nächste Sitzung schlägt Präsident von Levezow Freitag, den 5. Mai vor.

Abg. Windthorst: Mit Rücksicht auf die Berathungen des Abgeordnetenhauses, die nicht von uns, sondern durch die preußische Regierung verlängert worden sind, da sie auf der verfassungsmäßigen Erledigung wichtiger Vorlagen besteht und mit Rücksicht auf unsere süddeutschen Kollegen, welche inzwischen zu Hause noch wichtige Geschäfte erledigen können, schlage ich vor, die nächste Sitzung erst am 8. oder 9. Mai abzuhalten.

Abg. Windthorst: Wenn der Reichstag keine Rücksicht auf die Berathungen der bayerischen oder badischen Kammer nimmt, so sehe ich nicht ein, warum er sich durch den preußischen Landtag beeinflussen lassen sollte. Die Regierung hat uns gerufen, und wir sollen ihr kein Dementi dadurch geben, daß wir die eingebrochenen Vorlagen, deren schnelle Erledigung so wichtig ist, verschließen. Bis in den Hochsommer hinein wollen wir hier doch nicht sitzen.

Abg. Ahlborn: Der Reichstag hätte nicht so früh, sondern erst etwa Mitte Mai berufen werden sollen. Durch die spätere Anberaumung der Sitzung würden Sie uns einen Gefallen thun.

Abg. Minnigerode: Von heute bis zum 5. Mai sind volle acht Tage. Darin liegt ein genügendes Entgegenkommen gegen den preußischen Landtag.

Abg. Richter: Ich würde es verstehen, wenn Windthorst vor schläge, nächstens Montag oder Dienstag schon zu tagen. Nun aber will er eine Pause eintreten lassen, die doch nicht den Zweck erreicht, ein Zusammentragen von Reichstag und Landtag zu vermeiden. Die Schulden an diesem Zusammentragen trägt das Herrenhaus, welches erst nächsten Montag seine vor 5 Wochen begonnenen Osterferien beendigen wird. Unsere süddeutschen Kollegen, welche unter großen Opfern hierher gekommen sind, verdienen doch auch Rücksicht.

Abg. Windthorst: Wenn die Herren mich unterstützen, so bin ich bereit zu beantragen, die nächste Sitzung schon morgen abzuhalten. Aber ich versuche nur, was sich erreichen läßt, und der frühesten Tag, der sich erreichen läßt, ist der nächste Freitag.

Abg. v. Malzahn-Güll: Durch ein frühes Tagen würden wir am besten die Verhandlungen des Landtages abkürzen. Im Lande hat man übrigens die Meinung, daß nicht das Herrenhaus, sondern das Abgeordnetenhaus die Verzögerung der Verhandlungen verursacht und vor Allem die linke Seite des Hauses, welche die fröhlig eingebrachten Vorlagen wie das Budget und die Kirchenvorlage über Gebühr hingezaogen hat.

Abg. Herzog v. Ratisbor: Ich kann dem Abg. Richter über die Behandlung der Geschäfte des Herrenhauses kein Urteil zugestehen. Wenn das Herrenhaus die Vorlagen nicht berathen hat, so lag dies daran, daß das Abgeordnetenhaus es lange hat warten lassen und ihm kein genügendes Material gegeben hat. Falls der Reichstag am Montag schon eine Sitzung abhalten sollte, so würde seitens des Herrenhauses dem kein Hinderniß gegenüberstehen.

Abg. Richter: Aus den stenographischen Berichten, welche ich Herrn v. Malzahn gern für 24 Stunden zur Verfügung stelle, wird er entnehmen, daß er in Unrecht ist. Die Vorlagen über die Verstaatlichung der Anhalter Bahn und des Vermendungsgesetzes sind uns erst in den letzten 8 Tagen vorgelegt worden. Die Rede des Abg. Windthorst werde ich ihm beim Tabaksmonopol vor Augen halten. Ich werde ihn dann daran erinnern, daß es ganz praktische Methoden giebt, die Vorlagen schnell zur Erledigung zu bringen.

Abg. Richter: Ich beanspruche das Recht, das Herrenhaus zu kritisieren, als eine gleichsam unter diesem Hause stehende öffentliche Einrichtung, die übrigens sehr überflüssig ist und die geschäftliche Behandlung von Vorlagen nur erschwert. Nicht wir, sondern das konservativ-ultramontane Prädiuum des Abgeordnetenhauses und die unter Führung des Herrn v. Minnigerode stehende Mehrheit, der gegenüber die Minorität ruhig sein soll, hat die zweite Berathung des Kirchengegesetzes verändert.

Abg. Bölicher drückt Namens der süddeutschen Abgeordneten den Wunsch aus, daß der Reichstag erst am 8. zusammentrete, zumal da das Monopol, dessen Berathung doch so nötig sei, bis jetzt nicht vorgelegt sei.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Monopolvorlage ist dem Hause gestern zugegangen. Daß sie bis jetzt nicht vertheilt ist, ist nicht unsere Schuld. (Zuruf: aber ohne Motive!) Abg. Lasker: Motive braucht man ja nicht! (Heiterkeit.) Auch die Motive werden Ihnen noch heute zugesehen. Außerdem sind Sie ja schon im Besitz von vier Vorlagen; die Regierung ist also nicht sämig gewesen. Sie wünscht aber, daß der Termin der nächsten Sitzung nicht zu weit hinausgeschoben werde. Wir haben den Reichstag deshalb so früh einberufen, weil wir nicht hoffen durften, daß die Herren Abgeordneten im Sommer noch Lust haben würden, hier versammelt zu sein. Wir glauben durch das getroffene Arrangement Ende Juni mit der Berathung der Vorlagen fertig zu sein. Nach der früheren Praxis wird sich ja auch ein Zusammentragen beider Körperschaften ermöglichen lassen.

Abg. Minnigerode: Das ist also der Dank dafür, daß wir die Herren von der Linke so viel haben reden lassen!

Die Abstimmung muß durch Zählung erfolgen; dabei ergibt sich die Anwesenheit von 196 Mitgliedern, also die Bechlußfähigkeit des Hauses.

Der Präsident beräumt die Sitzung nunmehr aus eigener Machtvolkskommunion an. Nächste Sitzung: Freitag, 5. Mai, 1 Uhr. Abänderung der Gewerbeordnung; Konsularvertrag mit Brasilien.

Politische Uebersicht.

Posen, 29. April.

Der Reichstag wählte gestern sein altes Präsidium wieder, nämlich den konservativen Herrn v. Levezow, den ultramontanen Frhrn. v. Frankenstein und den konservativen Adermann. Wie aus den weiter oben mitgetheilten Zahlen ersichtlich, hat die konservativ-klerikal-polnische Koalition dieses Mal nicht einmal die zweite Vizepräsidentenstelle den Liberalen gegönnt; nur die deutsche Reichspartei scheint Herrn v. Benda ihre Stimme gegeben zu haben. — Die Wahl der Schriftführer erfolgte per Aklamation. Herrn v. Benda ist durch die Entschließung der Konservativen eine keineswegs angenehme Situation erspart worden. Die Liberalen brauchen sich nicht darüber zu grämen, daß sie in einer Session, deren Mittelpunkt das Tabaksmonopol bildet, im Präsidium nicht vertreten sind. Auch äußerlich ist es so zum Ausdruck gebracht worden, daß über den Arbeiten der Gesetzgebung noch immer das konservativ-klerikale Gefürt walte.

Unter den ersten Vorlagen, welche dem Reichstage zugegangen sind, befindet sich der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Gewerbeordnung, welcher die seit Jahren erörterte Revision des Titels III. der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen in Angriff nimmt und im Zusammenhang damit das Recht des Gewerbetreibenden, an dem Orte seiner gewerblichen Niederlassung auf öffentlichen Wegen u. s. w. Waaren freizubieten, gewissen persönlichen Beschränkungen unterwirft. Die Vorlage knüpft das Recht zur Ausübung des Haufirgewerbes an den Besitz eines Wandergewerbeschein

und präzisiert die Voraussetzungen, unter denen die Ertheilung eines solchen versagt werden soll. Die im preußischen Volkswirtschaftsrath laut gewordene Forderung, den Haufirhandel auch bezüglich der feilzubietenden Gegenstände erheblich zu beschränken, hat in der Vorlage wenig Entgegenkommen gefunden, wie dieselbe auch der vom Volkswirtschaftsrath beschlossenen Resolution, bei der Regelung des Gewerbebetriebs im Umherziehen auf die vor Erlass der Gewerbeordnung geltenden Bestimmungen bezw. Beschränkungen zurückzugehen, keine Folge gegeben hat. Das Bestreben, dem Ansturm der Bünftler auf die Gewerbe-Ordnung von 1869 wenigstens infoweit Widerstand zu leisten, als der Boden des Gesetzes festgehalten wird, ist auch in der neuen Vorlage noch maßgebend, wenn auch die in Vorschlag gebrachten Maßregeln gegen den Mißbrauch der Gewerbefreiheit im Einzelnen das Maß des Nothwendigen und Zulässig überschreiten. Die Reichsregierung scheint sogar der Ansicht zu sein, daß mit dem vorliegenden Gesetze, auf dessen Inhalt noch wiederholt zurückzukommen sein wird, die Abänderung der Gewerbe-Ordnung von 1869 vorläufig abgeschlossen sei. Wenigstens wird beantragt, den Reichskanzler mit der Feststellung des Textes der Gewerbe-Ordnung unter Berücksichtigung der durch das neue Gesetz und der übrigen sieben seit 1872 erlassenen Gesetze erfolgten Abänderungen zu beauftragen, wie das bezüglich des Strafgesetzbuchs durch das Gesetz vom 26. Juli 1876 geschehen ist. Vielleicht ist diese neue Redaktion des Gesetzes noch dringlicher als die materielle Revision.

Der Komet der „Grenzboten“ läßt sich nunmehr zur Widerlegung der wirtschaftlichen Bedenken gegen das Tabaksmonopol herab, obgleich er neulich versicherte, dieselben ständig sucht der Verfasser der „Polit. Briefe“ seine Argumente auch dem tiefsten Stande der Intelligenz anzupassen. Er verschmäht nicht einmal den Appell an den Eigennutz.

Das Tabaksmonopol, schreibt derselbe, bewahrt uns vor dem wahnsinnigen Klassenkampf, den die Agrarier in selbstmörderischer Wahl gegen das bewegliche Kapital, d. h. gegen die Kraft eröffnet haben, welche die Wirtschaft der Barbaren von der Wirtschaft der Kultivierten unterscheidet.

Die Interessen des Kapitals, denen hier Hoffnung gemacht wird, sich auf Kosten der Tabaksindustrie in Sicherheit bringen zu können, werden wenig Werth darauf legen, ob ihre Interessen nach Einführung des Monopols oder vorher den Agrariern geopfert werden. Wenn wir nicht irren, hat der Reichskanzler in seinen Bauern- und sonstigen Briefen zur Genüge zu erkennen gegeben, daß er die Bestrebungen der Agrarier milder beurtheilt, als sein Interpret in den „Grenzboten“.

Mit dem Antrage auf Erhöhung des Schieferzolls von 50 Pf. auf 3 M. pro 100 Kg. hat der Reichskanzler selbst beim Bundesrat kein Glück gehabt, der Schiefer soll sich in Zukunft mit dem noch immer recht ansehnlichen Zollzuge von 1 M. pro 100 Kg. begnügen. Wenn das hohe Kollegium eine solche Anwendung von Selbständigkeit hat, darf man sicher annehmen, daß einmal die Reichsregierung einen sonderlichen Werth auf die Annahme ihres Antrages überhaupt nicht legt, und zweitens der Antrag einer sachlichen Begründung völlig entbehrt. Das Letztere trifft in der That bei dem Vorschlag eines Schieferzolls von 3 M. durchaus zu. Der Werth des vorzugsweise in Frage kommenden Dachschiefers bejügt sich an der Grube im Durchschnitt auf 6,50 M. pro 100 Kg. Ein Zoll von 3 M. würde hierauf höchstens 50 Prozent vom Werthe ausmachen. Ein Zoll von solcher Höhe auf einem gering-wertigen Artikel findet sich in dem doch schon mit vielen hohen Zöllen ausgestatteten deutschen Tarif nicht vor; selbst die Rohseifenproduzenten, die bei der allgemeinen Revision oder richtiger Konfusion wahrlich ihr Interesse zur Geltung zu bringen verstanden, haben sich mit einem Zoll von 15—25 Prozent vom Werthe begnügen müssen. Überdies spielen bei einem Artikel dieser Art auch die Transportkosten eine wichtige Rolle. Nach Angabe von Sachverständigen hat der ausländische Dachsiefer vom Produktionsort bis zum deutschen Hafen im Durchschnitt 1,50 Mark pro 100 Kg. Fracht zu tragen, d. h. fast ein Viertel vom Werthe der Ware. Wäre hierzu noch ein Zoll von 3 Mark pro 100 Kg. gekommen, so würde für die deutschen Schiefergruben in der That ein Monopol geschaffen worden sein, unter welchem das ganze Bau- und Schieferdecker-Gewerbe, dann aber auch die ausgebreitete Industrie der Schiefertafelfabrikation zu leiden gehabt hätten. Die Letztere wird vorzugsweise in Bayern, Thüringen und anderen deutschen Ländern als Hausindustrie betrieben und hat einen bedeutenden Exporthandel, der hauptsächlich durch den zollfreien Bezug guten ausländischen Rohmaterials emporgekommen ist. Auch ein Zoll von 1 M. pro 100 Kg. bedeutet bei den oben erwähnten Frachtabständen noch immer eine empfindliche Schädigung. Es ist eben das alte Bild von den Großen und den Kleinen. Eine beschränkte Anzahl großer Grubenbesitzer und Aktiengesellschaften erfreut ein Privilegium und die große Zahl dadurch bedrohter, kleinerer Gewerbetreibender vermag nicht mit Erfolg dagegen anzukämpfen.

Dafür, daß man in Italien die aufrichtigste Absicht habe, die Freundschaft mit Österreich und Deutschland zu befestigen, liefert uns wieder ein Artikel der offiziösen "Rassegna" den Beweis, der nicht nur warm für die Allianz mit Österreich und Deutschland eintritt, sondern zu ihren Gunsten auch eine Parallele mit dem ehemaligen italienisch-französischen Bündnisse zieht, um darzuthun, um wie viel werthvoller für Italien die Allianz mit Österreich und Deutschland sei. Bemerkenswerth ist, daß das Blatt bei diesem Anlaß dafür plädiert, daß, damit diese Allianz auch werthvoll bleibe, die Wehrkraft Italiens erhöht werden müsse.

Aus Rom wird eine ernstliche Erkrankung des Papstes gemeldet, welche seit Sonntag Besorgnisse einstößen soll. Die Umgebung sagt zwar, der Zustand des Papstes sei nicht augenblicklich gefährlich; aber seine lange Eingezogenheit im Vatikan zerrüttete seine Gesundheit und verursache, weil er immer an viel Bewegung gewöhnt gewesen sei, merkliche Schwäche. Er habe seinen sonst so guten Appetit verloren und seine Verdaulichkeit sei ernstlich gestört. Sonst an frühzeitiges Aufstehen gewöhnt, vermöge er jetzt nicht vor 9 oder 10 Uhr das Bett zu verlassen und im Ganzen klage er außerordentlich über Mattigkeit. Eine große Anzahl von wichtigen Audienzen müsse daher auf unbestimmte Zeit hinaus vertagt werden. Seine Ärzte dringen auf unverzügliche Lustveränderung in einer hochgelegenen Gegend. Die Kardinäle hielten eine Konferenz, um zu berathen, wie das Kirchenoberhaupt am besten zu überreden sei, den Vatikan zu verlassen; aber es wird befürchtet, ihre Bemühungen werden vergeblich sein und an der Weigerung des Papstes scheitern.

Die Gerüchte, daß die in Russland in Dörfern wohnenden Juden auf gesetzlichem Wege ausgewiesen werden sollen, finden schon jetzt in Podolien, wie die "Ned. Chron. Woschod" mittheilt, ihre praktische Bestätigung. Überhaupt soll man dort mit den Juden weniger Ceremonien machen, als in anderen Gegenden. So wurde den Juden mehrerer Dörfer jenes Gouvernements von den Gemeinde-Aeltesten der gemeinsame Befehl ertheilt, sich schleunigt zu exabilitieren; ermittelt von diesem Befehle waren nur diejenigen Juden, welche ihren Wohnsitz auf den Ländereien der Gutsbesitzer aufgeschlagen. In Anbetracht des Osterfestes gelang es den Juden nach vielen Bitten und Anstrengungen, ihre Exmission bis nach dem Feste zu verzögern. Die Armen, die ihr mit Mühe gebautes Nest verlassen, werden nun das Proletariat in den Städten vergrößern helfen. Hiebei ist noch zu bemerken, daß in den gedachten Dörfern sich sämtliche Schänken in Händen von Kleinrussen befinden, so daß die Juden in dieser Beziehung dort durchaus nicht im Stande waren, einen, wie man in anderen Fällen annimmt, demoralisirenden Einfluß auszuüben. Wie das zitierte Blatt angiebt, sind ihm im Gegenheil Fälle bekannt, wo selbst die russischen Bauern alle Hebel in Bewegung segen, um die Ausweisung der Juden zu verhindern.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 28. April. Die Meinungen über die Bedeutung des Satzes der Gründungsrede, worin es heißt, die Regierung werde den Plan des Tabaksmonopols nur aufgeben, falls sie auf die Aussicht auf Zustimmung der Volksvertretung verzichten müsse, gehen andauernd auseinander; die Frage nach der Absicht und Bedeutung dieses Satzes wird aber im Reichstag lebhaft erörtert. Es fehlt nicht an Stimmen, welche, entgegen der gestern erwähnten Auffassung, in jenem Satze bereits die Vorbereitung des Rückzuges aus der Monopolposition auf die Forderung einer anderweitigen Erhöhung der Tabaksbesteuerung erblicken, und auch angebliche Ausserungen des Fürsten Bismarck in diesem Sinne werden zitiert. Angefischt der gestrigen Ausserungen der "Prov. Corresp." über das Monopol und der Leidenschaftlichkeit, mit welcher noch heute, nach der Verlesung der Gründungsrede, die "Nordd. Allg. Ztg." dafür eintritt, ist es sehr schwer, an die Auslegung zu glauben, wonach der gegenwärtige Versuch mit dem Monopol der letzte wäre, und auch anderweitige Anzeichen sprechen gegen diese Meinung, im Grunde sogar Alles, was bisher über die Absichten des Fürsten Bismarck bekannt geworden. Was die Chancen des Monopols im Reichstag betrifft, so sind sie, seit derselbe versammelt ist, eher noch schlechter geworden, als sie waren. Auf Anfragen neu eingetroffener Mitglieder hat u. A. Herr v. Schorlemers-Alst sich auf das Entschiedenste dagegen erklärt — was insofern von Bedeutung ist, als er der Spezialführer der agrarisch-reaktionären Gruppe im Zentrum ist, welcher man, wohl nicht mit Unrecht, zutraut, daß es ihr nicht schwer werden würde, sich, wenn anderweitige politische Gründe hierfür sprächen, mit dem Monopol zu versöhnen. Es scheint danach, daß das Zentrum nach mancherlei Schwankungen, welche keineswegs blos in der Phantasie seiner Gegner existirt haben, schließlich sogar geschlossen gegen das Monopol stimmen wird; diese Tendenz prägte sich schon gestern deutlich in den Gesprächen aus, obgleich die monopoleindlichen klerikalen Bayern großenteils noch nicht da waren; diesen zu lieben, die man zum Theil heute Mittag erst erwartete, war die Präsidentenwahl erst auf 2 Uhr angesetzt. Das Resultat derselben kennen Sie bereits; man hatte liberalerseits keinerlei Gewicht darauf gelegt, die Zusammensetzung des Präsidiums gegen die vorige Session zu verändern und nur gewissermaßen Ehren halber liberale Kandidaten aufgestellt. — Die Frage der geschäftlichen Behandlung der Monopol-Vorlage, wovon vor einigen Tagen an dieser Stelle die Rede war, ist bis jetzt noch nicht entschieden, auch nicht auf der liberalen Seite des Hauses. Die Fortschrittspartei hat sich allerdings schon darüber schlüssig gemacht, für die zweite Berathung im Plenum einzutreten; die liberale Vereinigung hat noch keine Fraktionsberathung darüber gehabt, doch ist es wahrscheinlich, daß man hier einstimmig derselben Meinung sein wird; von den hervorragenden Mitgliedern dieser Gruppe fehlt u. A. Herr von

Stauffenberg noch, der, wie es heißt, wieder lebend ist und daher, obgleich er an den Sitzungen der bayrischen Zweiten Kammer bis zuletzt teilgenommen hat, zunächst nicht hierher kommen wird. Wie die National-Liberalen sich zu der geschäftlichen Frage stellen werden, ist noch ungewiß; die Ansicht, daß man durch Verweisung an eine Kommission der Regierung jeden Vorwand zur Beschwerde über ungültige Prüfung der Vorlage entziehen müsse, und der Wunsch, auf der nämlichen Verhaltungslinie mit den beiden anderen liberalen Fraktionen zu bleiben, stehen einander noch gegenüber. Dieser Wunsch macht sich überhaupt, auch abgesehen von der in Rede stehenden Frage, bei ihnen geltend, wie ja auch in der vorigen Session des Reichstags das Verhältnis der drei liberalen Gruppen zu einander ein besserer war, als im Abgeordnetenhaus. Allerdings waren im Herbst auch die preußischen Landtagswahlen noch ferner, als jetzt, wo die darauf bezüglichen Berechnungen ihre Wirkung auf mancherlei Art äußern. Es hängt auch mit diesen Dingen zusammen, wenn man gespannt darauf ist, ob Herr Haniel, der im Abgeordnetenhaus seit den ersten Wochen der Session nicht erschienen ist, seinen Platz im Reichstage einnehmen wird. Die Angaben darüber lauten widersprechend. Vor den Wahlen wird Herr Haniel jedenfalls einen Entschluß über seine Stellung fassen müssen; ob er sich denselben durch Hörgern erleichtert, erscheint sehr zweifelhaft.

— Der im "Staatsanzeiger" publizierte, telegraphisch bereits signalisierte Allerhöchste Erlass vom 5. April 1882, betreffend Einsetzung Königlicher Behörden für die auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1882 (Gesetz-Samml. S. 21) in Verwaltung und Betrieb des Staates übergehenden Privateisenbahnenunternehmungen, lautet wörtlich:

"Auf Ihren Bericht vom 3. April d. J. bestimme Ich, daß in Ausführung des Gesetzes vom 28. März 1882, den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat betreffend (Gesetz-Samml. S. 21), am 1. Mai d. J.:

- 1) für die Verwaltung des Thüringischen Eisenbahnunternehmens eine, unmittelbar von Ihnen reisstirende Behörde in Erfurt unter der Firma „Königliche Eisenbahn-Direktion“;
- 2) für die Verwaltung des Berlin-Görlitzer Eisenbahnunternehmens eine, unmittelbar von Ihnen reisstirende Behörde in Berlin unter der Firma „Königliche Direktion der Berlin-Görlitzer Eisenbahn“ eingefest;
- 3) das Rottbus-Großenbainer Eisenbahnunternehmen einschließlich der zu dem Oberlausitzer Eisenbahnunternehmen gehörenden Strecke Ruhland (Elsterbrücke) Lauchhammer, sowie das Märkisch-Potsener Eisenbahnunternehmen mit den von der Eisenbahn-Direktion zu Berlin verwalteten Strecken unter dieser Behörde zu einer gemeinsamen Verwaltung vereinigt, und
- 4) im Bezirke der Eisenbahn-Direktion zu Berlin, und von derselben reisstirend, je ein Königliches Eisenbahn-Betriebsamt in Rottbus und in Guben errichtet wird.

Die hierauf zu errichtenden Behörden sollen in Angelegenheiten der ihnen übertragenen Geschäfte alle Befugnisse und Pflichten einer öffentlichen Behörde haben.

Dieser Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 5. April 1882.

Wilhelm.

Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten."

Vocales und Provinzielles.

Posen, den 29. April.

— Petition. Auf dem letzten Posener Provinzial-Landtag ist die Errichtung einer Landeskultur-Rentenbank zur Förderung der Drainage-Anlagen beschlossen und eine aus der Mitte des Landtages gewählte Kommission mit der Ausarbeitung einer desfallsigen Vorlage für den nächsten Landtag beauftragt worden. Diese Kommission hat sich ihrer Aufgabe entledigt; ihr Vorschlag geht dahin, der Provinzial-Hilfskassen-Direktion die Verwaltung der Rentenbank zu übertragen. In landwirtschaftlichen Kreisen äußert sich dagegen vielfach der Wunsch einer Vereinigung des zu begründenden Instituts mit der Posener Landeskasse, und vielfach wird auch eine weitere Ausdehnung der Wirksamkeit der Rentenbank gewünscht. Insbesondere hat der landwirtschaftliche Verein für die Kreise Kosten, Kraustadt und Kröben auf Anregung des Landrats Grafen Posadowsky-Wehner eine Petition an den Provinzial-Landtag beschlossen, in welcher die Errichtung einer Landeskultur-Rentenbank für Ent- und Bewässerungs-Anlagen, Wiesen- und Waldbauten und Errichtung neuer Hofsämlagen verlangt und zugleich der Wunsch ausgesprochen ist, daß das Institut, wenn irgend möglich, mit der Landschaft verbunden werden möge. Die Petition ist den übrigen landwirtschaftlichen Vereinen der Provinz mitgetheilt worden und wird vielfach Zustimmung finden. (Pos. Ztg.)

— Lehramt mit der Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen über die Fähigkeit zum Einjährigen-Dienste. Im Auftrage des Reichskanzlers wird im Reichsanzeiger ein Verzeichnis derjenigen höheren Lehramtstiteln zur öffentlichen Kenntnis gebracht, welche sich zur Zeit in Gemäßheit des § 90 Th. I. der Wehrordnung vom 28. September 1875 in Besitz der Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen über die wissenschaftliche Fähigkeit für den einjährigen freiwilligen Militärdienst befinden. Unter den Lehramtstiteln, bei welchen der einjährige, erfolgreiche Besuch der zweiten Klasse zur Darlegung der wissenschaftlichen Fähigkeit erforderlich ist, befinden sich in der Provinz Posen die Gymnasien zu Bromberg, Gnesen, Inowrazlaw, Kröpschin, Lissa, Mejer, Nakel, Ostrowo, das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und das Marien-Gymnasium zu Posen, die Gymnasien zu Rogaten, Schneidemühl, Schrimm und Wongrowitz; die Realschulen zu Bromberg, Kraustadt, Posen und Rawitsch. Unter den Lehramtstiteln, bei welchen der einjährige, erfolgreiche Besuch der ersten Klasse zur Darlegung der wissenschaftlichen Fähigkeit erforderlich ist, befinden sich die Progymnasien zu Kempen und Tremessem; und unter den Lehramtstiteln, bei welchen das Bestehen der Entlassungsprüfung zur Darlegung der wissenschaftlichen Fähigkeit erforderlich ist, befindet sich das Pädagogium des Dr. Beheim-Schwarzbach zu Ostrowo bei Elbene.

— Im hiesigen Gewerksverein fand vorgestern im Herforth'schen Saale eine Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende des Zentralrats der deutschen Gewerksvereine, Herr Mauch aus Berlin, vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über Zwangs- und Hilfskassen hielt. Redner entrollte zunächst ein Bild über die Entwicklung der Gewerkschaften, welche, trotzdem sie oft mit vielen Widerwärtigkeiten und Hindernissen zu kämpfen gehabt haben, dennoch eine Bedeutung erlangt und viel Gutes zu Tage gefördert haben. Das angezählte Baarvermögen, über welches die Zentralfassung verfügt, belaute sich auf über 200,000 M. Im Weiteren unterzog Redner die Gesetzesvorlagen betr. die Kranken- und Unfallversicherung für Arbeiter einer Kritik, hob die Vorzüge, welche die Gewerkschaften vor der pro-

lestierten Kranken- und Unfallversicherung hätten, hervor und verlas abschließend eine vom Zentralrat der Gewerksvereine, als dem Vertreter von einundzwanzig eingetriebenen Hilfskassen, welche 600 Verwaltungen stellen mit ca. 22,000 Mitgliedern in allen Theilen des Reichs umfassen, an den Reichsrath gerichtete Petition, welche dem stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsraths, dem Staatsminister unlängst übergeben worden ist. In der Petition ist die Ansicht ausgesprochen, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter in Verbindung mit demselben, betreffend die Unfallversicherung, wenn er zum Gesetz erhoben werden sollte, unbedingt die Vernichtung der freien Arbeiter-Hilfskassen herbeiführen würde und zwar durch folgende Bestimmungen: 1. die Beschränkung der Karrenzeit auf höchstens 6 Wochen und deren gänzliche Befreiung bei Betriebs-Unfällen; 2. die Belastung der Krankenkassen mit den Kosten der großen Maße der Betriebsunfälle; 3. die vorzugsweise Beurteilung der losen und Fabrik-Kassen. Die Bitte in der Petition geht dahin, den bezeichneten Bestimmungen der Vorlage die Zustimmung versagen zu wollen. Herr Mauch empfahl den Anwesenden, dieser Petition beizutreten, im Kreise von Bekannten möglichst viel Unterschriften dafür zu sammeln und die mit Unterschriften versehene Petition an den Reichstag gelangen zu lassen. Nach einer bes. von dem Vereinsvorstand Herrn Bürger an die Anwesenden gerichteten Frage erklärte sich dieselben fast einstimmig, die Petition sich anzutreten und für die Sammlung einer möglichst großen Anzahl von Unterschriften Sorge zu tragen. — Auf eine von einem Anwesenden an Herrn Mauch gerichtete Frage, ob die Verhältnisse unter den Arbeitern Oberschlesiens, besonders unter den dortigen Berg- und Hüttenarbeiter, sich wirklich günstiger gestaltet hätten, erklärte dieser, daß er zwar Oberschlesien nicht kenne, daß aber nach den Ermittlungen des Zentralrates die Verhältnisse der dortigen Arbeiter ebensoviel wie die Arbeiterverhältnisse in Westfalen sich gebe, daß sie sich im Gegenteil durch Ausdehnung der Arbeitszeit verschlechtert hätten, und daß demnach die vom Abgeordneten Hamacher gemachten Angaben, betreffend die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse in Westfalen unrichtig seien. Die Arbeiterverhältnisse in Niederschlesien habe er (Redner) selbst Gelegenheit gehabt, aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Aus den Ausführungen des Redners geht hervor, daß die dortigen Arbeiter, wie Redner dies in Sagan gesehen habe, sich in jeder Beziehung sehr einschränken müssen, um ihr Dasein zu fristen; daß beispielsweise eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei bis drei herangewachsenen Mädchen und Knaben nur eine Stube bewohnen und noch angewiesen sei, Saalburschen zu halten, was höchst demoralisierend auf die nachwachsende Generation wirken müsse. Redner mahnte zum Schluss zur Einigkeit und geschlossen vorzugehen, denn nur dadurch können die Ziele, welche sich die Gewerksvereine gestellt haben, erreicht werden. Im Namen der Versammlung sprach der Vereinsvorstand Herrn Mauch den Dank für die Belehrungen aus und die Versammlung erreichte nach etwa 2stündiger Dauer gegen 10 Uhr Abends ihr Ende.

r. Die Gemälde im Landgerichts-Gebäude. In der heutigen Beschreibung der beiden Gemälde, welche im Schwurgerichtssaal des Landgerichts-Gebäudes ihren Platz erhalten haben, ist angegeben: das erste derselben stellt die Ertheilung des Magdeburger (also deutschen) Rechts an den Bürger „Thomas von Gnesen“ dar. Es kann letztere Angabe, daß der Gründer der Altstadt Posen von Gnesen hierher gekommen sei, wohl nur auf einem Missverständnis beruhen. Wuttke gibt in seinem Städtebuch der Provinz Posen ausdrücklich: Thomas von Gubens an. Es wurde die Altstadt Posen auf dem linken Ufer der Warthe von deutschen Einwohnern, die von Westen her kamen, im Jahre 1253 gegründet, und die Verleihung des Magdeburger Rechts an diese deutschen Einwohner soll eben das Bild darstellen. Von polnischer Seite liebt man neuerdings, in tendenziöser Weise die historische Thatsthe, daß schon seit dem 12. Jahrhundert ein andauernder Strom deutscher Auswanderer nach dem slawischen Osten gelangt, und insbesondere die Altstadt Posen durch deutsche Einwohner gegründet worden ist, abzuleugnen. Die Absicht ist dabei klar; die Polen wollen sich selbst als die Autochthonen, die Deutschen aber als Eindringlinge darstellen, während die letzteren in Wahrheit seit mehr als 6 Jahrhunderten die Kulturträger hierzulande gewesen sind.

Der Ringtheater-Prozeß.

Nach der wiener "Presse". — Zweiter Verhandlungstag. Wien, 2. April.

(Fortsetzung.)

Es folgt die Vernehmung des

Ingénieurs Wilhelm.

Zu Beginn seiner Vertheidigung besetzte er sich nicht schuldig und bepricht die Organisation des Diensts bei Enttreffen eines Löschzuges auf dem Brandplatz: die Übernahme des Kommandos durch den Ingenieur und die Ausführung der Befehle durch den Exerziermeister. Auf den Brand des Ringtheaters übergehend, beruft er sich darauf, daß „Dachfeuer am Ringtheater“ um 6 Uhr 55 Minuten die erste Meldung war. Spritze, Wasserwagen und Geräthemen wurden sofort angepannt. Wenn Zimmerfeuer gemeldet wird, so wird sofort noch ein Löschzug mit Rettungsvorkehrungen nachgesendet; da er annahm, daß das Feuer in einem Theater immer bedenklich sei, so habe er die Filialen sofort einbringen. Das Dirigirten des Anfahrens auf den Brandplatz ist nicht Sache des Ingénieurs, der sich im letzten Wagen befindet. Da nun die Spritzen und Wasserwagen in der Maria-Theresienstraße angefahren waren, so habe auch er dort gehalten und sofort übersehen, daß der ganze Bühnenraum in Flammen stehe, und daß sonach das Feuer mindestens eine Viertelstunde gedauert haben müsse. Ein Zugang zum Feuerherde konnte nur von der Seite erfolgen, weil man hier dem Feuer beisammen konnte. Ein Angriff von vorne ist unbedingt verwerflich, die Feuerwehr muß sich zwischen das Feuer und das Publikum einzudringen suchen, nur so kann Beutes gerettet werden. Darum habe er auch von der Seite der Hoflage aus den einen Angriff dirigiren müssen, welcher der allein richtige war. Darauf habe er sich ins Innere des Theaters begeben, um zu sehen, ob Personen im Theater sind. Eine Stimme war vernehmbar und außer in dem Administrationstrakt Riemann zu sehen. Nachdem er vernommen, daß doch Menschen darin seien, habe er sich zum Hauptportal begeben und dort gefragt, ob das Haus entleert sei. Er habe dort von zwei Wachleuten vernommen, daß das Haus leer sei. Er sei hineingegangen, habe gerufen und gebrochen und keine Antwort erhalten. Es war still. Darauf sei er wieder hinausgegangen und habe sich überzeugt, daß inzwischen die Leute vom Balkon gerettet wurden. Drei Minuten nach Ankunft der Zentrale seien die Spritzen von der Vorstadt und Leopoldstadt gekommen, darauf habe er die Meldung bekommen, daß die Löschmannschaft den Versuch, auf die Galerie zu dringen, vor Hitze habe aufgegeben müssen; dann kamen die Filiale Alsergrund und Neubau, die auch zum Hauptportal dirigirt wurden. Alle Löschmeister konnten anfangs nicht bis zum Parterre dringen. Erst später ist es möglich gewesen — etwa nach einer Viertelstunde — in den ersten Stock vorzudringen. Aber nicht einen Moment hörte man ein Zeichen, daß noch Leute im Theater seien! Die Feuerwehr mußte trotzdem immer weiter zu dringen suchen. Die Anlage macht mir zum Vorwurfe, daß ich nicht mehr ums Dämpfen als ums Retten gekümmert habe. Das ist eine irriige Auffassung. Diejenigen, die etwa noch im Theater waren, konnten nur dadurch gerettet werden, daß wir das Feuer von ihnen abhieben, und der Angriff gegen das Feuer aus war die erste Rettungsaktion. Das Haus

zu retten war ja nicht möglich, denn als wir kamen, war es in vollster Flammen und unrettbar verloren. Wir haben nur an das Retten der Menschen gedacht.

Präf.: Erinnern Sie sich an die Worte des Herrn Polizeirathes? — Wilhelm: Nein. Das muß auf einem Irrthum beruhen.

Präf.: Mit Ihrer Angabe, daß Ihre Aktion nur der Rettung gewidmet war, stimmt nicht, da Sie das Haus für leer hielten. — Wilhelm: Letztere Ansicht mußte ich mir nach der Sachlage bilden, nichtsdestoweniger war ich darauf bedacht zu retten, was zu retten ist und ich bin der festen Überzeugung, wäre das Publikum rechtzeitig avisirt worden, so wäre es auch gerettet worden.

Präf.: Haben Sie das Haus gesehen? — Wilhelm: Nein.

Präf.: Ist das nicht ein Fehler? Auch haben Sie es empfunden, daß Ihnen diese Kenntniß mangelt? — Wilhelm: Sehr stark; aber es war im Moment nichts zu machen.

Präf.: Kennten Sie die StiegenDisposition? — Wilhelm: Nicht im Mindesten.

Präf.: Haben Sie nichtemanden vom Hause gefragt?

Wilhelm: Wir haben ja Niemanden gesehen.

Präf.: Welche Gelegenheit haben Sie, den Feuerwehrdienst kennen zu lernen? — Wilhelm: Nur durch die Praxis.

Präf.: Kennen Sie die Hornsignale? — Wilhelm: Nur durch Praxis. Eine Instruktion gibt es nicht für den Ingenieur. Das ist Sache des Exerzier- und Löschmeisters.

Präf.: Sie können also die Hornisten nicht kontrollieren? — Wilhelm: Nein.

Präf.: Wenn ein Signal aus dem Innern kommt, so verstehen Sie es nicht? — Wilhelm: Nur die einfachen, weil ja die Signale nicht mich angehen.

Präf.: Was ist also Ihre Thätigkeit? — Wilhelm: Die Dirigirung der Mannschaft, die Untersuchung der Gebäude, die Leitung der Löschaktion.

Präf.: Aber die Löschaktion selbst? — Wilhelm: Die ist Sache der Löschmannschaft, unter Leitung der Exerziermeister und Löschmeister.

Präf.: Sie sind also auf die Sachkenntniß der Chargen angewiesen? — Wilhelm: Jawohl.

Präf.: Sind Sie informirt, welches Material ein Löschzug haben muß? Kennen Sie alle neuen Apparate? — Wilhelm: Die älteren wohl, die neueren nur, insoferne sie wichtig sind.

Präf.: Es kommt vor, daß nicht einmal der erste Löschzug das vorgeschriebene Material hatte? — Wilhelm: Das ist nicht richtig.

Präf.: Hat Ihnen jemand vom Theater den Weg gezeigt? — Wilhelm: Niemand. Es war ja Niemand da und wir haben den Gang schwer empfunden.

Präf.: Sie haben sich aber nach dem Brände orientirt?

Wilhelm: Nach dem Brände wohl.

Präf.: Ist es Ihnen da nicht aufgefallen, daß es ganz überflüssig war, daß das Sprungtuch angewendet wurde, wenn jemand den Leuten die Stiege gezeigt hätte und den Ausgang durch den Restaurationssaal? — Wilhelm: Ja wohl, aber wir kannten ja gar keine Stiegen und vom Theater war Niemand zu sehen.

Staatsanwalt: Haben Sie bei der Ankunft Leute auf dem Balkon gesehen? — Wilhelm: Sie müssen dort gewesen sein. Allein ich bin in der Heggasse gewesen und konnte nicht dorthin schauen.

Dr. Bings: Sie haben die Pläne des Ringtheaters nicht gesehen. Hat sie Löschmeister Heer gesehen? — Wilhelm: Wahrscheinlich nicht.

Dr. Fialla: Die Anklage macht Ihnen den Vorwurf, daß Sie sich auf das Löschchen beschränkt und die Rettung der Menschen unterließen. Inwiefern können Sie diesem Punkte der Anklage entgegentreten? — Wilhelm: Es kann eine Rettung der Menschen nur mittelbar oder unmittelbar durchgeführt werden. Mittelbar, so weit man zu den Menschen dringen kann, unmittelbar durch die Dämpfung des Elements. In diesem Falle war eben zum Theile nur eine unmittelbare Rettung möglich. Es wurden neue Schlauchlinien errichtet, um die Flammen zurückzuschlagen und dadurch den etwa noch im Hause befindlichen den Ausgang zu ermöglichen. Der Angeklagte erläutert hierauf die Richtungen der verschiedenen Schlauchlinien.

Dr. Fialla: War die Aktion der Feuerwehr auf die Rettung des Gebäudes gerichtet? — Wilhelm: Nein, es war mein erster Gedanke, daß das Haus verloren sei. Es war schade um jeden Tropfen Wasser. Wir löschten nur, um den Brand zu lokalisieren und die Rettung der Menschen zu ermöglichen.

Dr. Fialla: Waren Sie, als Sie auf den Brandplatz fuhren, genügend ausgerüstet? — Wilhelm: Ich hatte fast den ganzen Löschparc bei mir.

Dr. Fialla: Das, was die Anklage als unzureichendes Material bezeichnet, ist also das ganze Material, das die Feuerwehr überhaupt besitzt? — Wilhelm: Jawohl.

Dr. Fialla: Welche Verantwortung trifft den Exerziermeister und in welchen Punkten der Materialien? — Wilhelm: Höchstens in Bezug auf das Ausfahren mit nicht genügendem Material; in den anderen Punkten trifft den Exerziermeister keine Verantwortung.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten.

Leonhard Heer.

Derselbe bekennt sich nicht schuldig. Er erläutert die Organisation des Feuerwehr-Materials und -Personals. Es sei immer nur ein Bereitschaftszug vorhanden, welcher zuerst abgeht. Wir fuhren sofort mit dem ersten Zug ab. Als wir gegen die Hekkasse zu fahren, bemerkte ich, daß der rückwärtige Theil in Flammen stiehe. Ich sagte zum Hafer Nr. 44: Fahren Sie sofort zu uns und lassen Sie alles Material herkommen. Dann bat ich mit ausgehobenen Händen die Menschen, welche sich retten wollten, zu warten, es werde sofort Rettung kommen. Mittlerweile kam aber keine Spritze. Es wurde nun mit dem Sprungtuch gearbeitet. Als schon einige hundert Menschen auf diese Weise gerettet waren, fuhr die Spritze los. Gott weiß es, daß ich Alles versucht habe, um möglichst Viele zu retten. Als mir ein Löschmeister sagte, Du, Heer, ich kann nicht hinauf ins Theater, sah ich ihn bei der Hand und sagte, Du mußt hinauf. Ich drang endlich selbst mit einem Wachmann vor, vier- bis fünfmal wurde ich zurückgedrängt vom Rauch, endlich erlosch mir die Fackel und ich mußte kriechend vordringen, ich weiß selbst nicht, wohin. Ich fand endlich eine Glashütte, die verschlungen ist, und nach ein paar Schritten befand ich mich zu meinem großen Erstaunen auf dem Balkon, wo ich den Exerziermeister Gesselsohn fand. Wir retteten dort ein junges Mädchen, das wir mit einem Stricke hinabließ. Ich eilte dann auf die rückwärtige Stiege hinauf, wo ich zu meinem Entsetzen Todt fand. Als ich die ersten Toten sah, lag es etwas schwer. (Bewegung.) Ich bin ein erfahrener Feuerwehrmann, aber ich habe derlei nie gesehen. Ich eilte schnell herunter, um Leute zu holen und trat unten den Grafen Lamezan, den ich übrigens nicht gleich erkannte. Ich war der Erste, der in den ersten Stock drang, aber Lebewohl habe ich nichts wegen der Finsterniß. Ich dachte mir nicht, daß Menschen im Hause sind; wenn aber Menschen da sind, müssen sie bereits tot sein. Die Zentral-Feuerwehr braucht nicht zu wissen, daß Ringtheater brennt oder irgend ein anderes Gebäude; es genügt, daß irgend ein Brand signalisiert wird, um die Nachsendung eines Rüstwagens zu veranlassen.

Staatsanwalt: Es kommt vor, daß Sie Ihre Leute abgehalten haben, auf die Schleiter zu steigen, weil schon genug Leute oben sind. — Heer: Das mag sein, aber es fragt sich wann;

und dann wozu hätte ich die Leute hinauslassen sollen, da doch die zweite Spritze noch nicht da war und daher keine Schlauchleitung errichtet werden konnte.

Staatsanwalt: Sie könnten aber doch die Leute hinaufdringen lassen? — Heer (schreiend): Herr Staatsanwalt, Sie sind kein Fachmann (Heiterkeit), wenn mir ein Löschmeister das sagt, kann ich ihn nur bedauern.

Der Präsident mahnt den Angeklagten, sich zu mäßigen. Heer: Ich bitte um Entschuldigung, aber meine Aufregung ist nur zu gerechtfertigt. (Fortschreibung folgt.)

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 28. April. Gestern fand bei Sr. Majestät dem Kaiser ein größeres Diner statt, an welchem der Statthalter General-Feldmarschall v. Manteuffel, sowie zahlreiche Generäle und Stabsoffiziere teilnahmen. Außerdem waren anwesend der Regierungspräsident v. Wurmb, der Legationsrath v. Giers, der Oberbürgermeister Miquel, der Provinzialdirektor Küchler, die Konistorialräthe Ohly und Herdt u. A. — Abends besuchten der Kaiser und die Kaiserin das Theater, wo Ihre Majestät mit der Nationalhymne und enthusiastischen Ovationen empfangen wurde. — Heute Vormittag nahm Se. Majestät die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Perponcher und des Chefs des Zivilabinets v. Wilmowski entgegen und empfing Mittags den Oberpräsidenten von Hessen-Nassau, Grafen zu Eulenburg. Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin von Baden trifft heute Nachmittag hier ein. Ihre Majestät die Kaiserin gedenkt morgen und Se. Majestät der Kaiser am Sonntag Abend abzureisen.

Leipzig, 28. April. Wie das „Leipz. Tagebl.“ aus Teplitz meldet, hat der baselst am Montag ausgebrochene Streik der Kohlenarbeiter sich nunmehr auf sämtliche an der Auffig-Teplitzer, Dur-Bodenbacher, Pilsen-Priesener und Prag-Duxer Eisenbahn gelegenen Werke ausgedehnt, mit Ausnahme einiger Schächte bei Karbitz und Schönfeld. Doch wird befürchtet, daß auch diese Werke von der Bewegung erfaßt werden. In Dur-Bodenbacher ist bis jetzt Militär in der Stärke von 1000 Mann anwesend, ein weiteres Bataillon ist heute für Teplitz verlangt worden. Die Arbeiter verhalten sich ruhig, zwingen aber Diejenigen, welche noch weiter arbeiten, zur Arbeitseinstellung. Die Kohlevorräthe in den größeren Fabriken sind äußerst geringe.

Karlsruhe, 28. April. Die Frau Großherzogin ist heute zum Besuch Sr. Majestät des Kaisers nach Wiesbaden abgereist. — Die zweite Kammer hat den von den Mitgliedern der katholischen Volkspartei Röttiger und Gen. gestellten Antrag auf Aufhebung der Kreisverfassung abgelehnt.

Wien, 28. April. Graf Wolkenstein wird sich demnächst nach Petersburg zur Übernahme des Botschafterpostens begeben.

Wien, 28. April. [Ringtheaterprozeß.] Heute wurden 17 ehemalige Bedienstete des Ringtheaters vernommen, deren Aussagen indeß meist nicht von besonderer Wichtigkeit waren. Die Zeugin Auspitz sagte aus, die Notthüren seien stets offen und nur angelehnt gewesen. — Im Abgeordnetenhaus begann heute die Generaldebatte über den Zolltarif.

Paris, 28. April. Nach dem Berichte des Ministerpräsidenten Freycinet über die Herstellung eines Binnenmeeres in Afrika soll das Mandat der mit der Prüfung der Ausführbarkeit betrauten Kommission mit dem 30. Juni d. J. erlöschen, die Entscheidung ist daher im Laufe des Juli zu erwarten.

Tunis, 28. April. Der mit der kommissarischen Verwaltung des deutschen Konsulats beauftragte Dr. Nachtigal ist hier eingetroffen.

Madrid, 27. April. Die Deputirtenkammer hat den ersten Artikel des Gesetzentwurfs über die Konvertirung der spanischen Schulden mit 136 gegen 32 Stimmen angenommen.

London, 28. April. [Oberhaus.] Auf eine von Lord de la Warr gestellte Anfrage erklärt der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, die Angabe, daß der englische Botschafter zu Rom, Paget, das Protokoll betreffend die Abtreitung der Abbey unterzeichnet habe, für absolut unbegründet.

London, 27. April. [Unterhaus.] Die Bill betreffend die Wahlbestechung wurde in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

London, 28. April. Zur Feier der Vermählung des Prinzen Leopold fand gestern Abend in der Georgs-Halle des Schlosses von Windsor ein Galadiner statt, zu welchem 150 Einladungen ergangen waren. Unter den Gästen befanden sich der deutsche Botschafter, Graf Münster, und der Vertreter des deutschen Kronprinzenpaars, Kammerherr Graf Seckendorf.

Dublin, 28. April. Der Bismarck von Irland demissionierte; zu seinem Nachfolger wurde angeblich Spencer ernannt.

Konstantinopel, 28. April. Dem Vernehmen nach soll die jüngst ernannte Reformkommission in ein Ministerium für allgemeine Reformen in Rumelien und Kleinasien unter dem bisherigen Gouverneur von Chios, Said Pascha, als Titular umgewandelt werden.

Bukarest, 27. April. Von dem Deputirten Lazescu ist eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen betreffend die durch den Berliner Vertrag angeordnete Schleifung der Donaufestungen angemeldet worden. Der Deputirtenkammer ist eine Regierungsvorlage zugegangen, in welcher die Ermächtigung der Regierung zur Bestellung der für die rumänische Armee im Jahre 1883 nothwendig werdenden Waffen nachgesucht wird. — Nach einer Meldung aus Galatz sind der türkische und der serbische Delegirete zur Donaukommission bereits dort eingetroffen. Newyork, 27. April. Der Schriftsteller Ralph Emerson ist heute zu Concord (Massachusetts) gestorben.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. April Morgens 0,68 Meter.
28. Mittags 0,68
29. Morgens 0,68

Telegraphische Börsenberichte.

Ronds-Courte.

Frankfurt a. M., 28. April. (Schluß-Courte.) Lond. Wechsel 20,43. Pariser do. 81,07. Wiener do. 169,85. R.-M. S.t.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 101,8. R.-M.-Br. Anth. 129,8. Reichsanl. 101,8. Reichsbank 149. Darmst. 163,8. Meiningen B. 92,8. Ostf.-Ang. Bl. 702,00. Kreditaktien 290,8. Silberrente 65,8. Papierrente 64,8. Goldrente 80. Ung. Goldrent. 75,8. 1860er Loope 121,8. 1864er Loope 326,20. Ung. Staats. 226,80. do. Ostb.-Obl. I. 94,8. Böhm. Westbahn 263 Elisabethb. — Nordwestbahn 178. Galizier 261,8. Franzosen 279 Lombarden 120,8. Italiener 90,8. 1877er Russen 86,8. 1880er Russen 70,8. II. Orientali. 57,8. Bentr.-Pacific 112,8. Diskonto-Kommandit — III. Orientali. 57,8. Wiener Bankverein 102,8. ungari. Papierrente —. Buschfebrader —. Oberösterreichische —.

5proz. öster. Papierrente 78,8. Dur-Bodenbacher 271,8.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 291,8. Franzosen 279,8. Galizier 262. Lombarden 120,8. II. Orientali. —. III. Orientali. —. öster. Goldrente —.

Wien, 28. April. (Schluß-Courte.) Die Börse verließ im Folge billiger Prolongation und des eingetretenen Regenwetters fest, schließlich drückte die Geschäftslösigkeit.

Papierrente 76,47,8. Silberrente 77,40. Destr. Goldrente 94,20. 6-proz. ungari. Goldrente 119,85. 4-proz. ung. Goldrente 89,10.

5-proz. ung. Papierrente 87,50. 1854er Loope 119,70. 1860er Loope 130,20. 1864er Loope 173,00. Kreditloose 178,70. Ungar. Brämeni. 117,00. Kreditaktien 342,00. Franzosen 329,80. Lombarden 143,25.

Galizier 308,00. Raich.-Oderb. 150,00. Bardubitzer 153,00. Nordwestbahn 208,80. Elisabethbahn 211,00. Nordbahn 2630. Österreich. ung. Börs. —. Türk. Loope —. Unionbank 130,00. Anglo-Aust. 133,25. Wiener Bankverein 119,25. Ungar. Kredit 337,50.

Deutsch. Blätte 58,75. London Wechsel 120,15. Pariser do. 47,65. Amsterdamer do. 99,65. Napoleons 9,54,8. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marinot 58,77,8. Russische Banknoten 1,21. Lemberg-Gronowits —. Kronpr. Rudolf 167,00. Franz-Josef —. Dur-Bodenbacher —. Böhm. Westbahn —.

4-prozent. ung. Bodencredit-Pfandbriefe —. Elbthal 219,25. 5proz. öster. Papierrente 92,90. ung. Goldrente —. Buschfebrader B. —. Ung. Brämeni. —. Escompte —.

Florenz, 28. April. 5pct. Italien. Rente 92,85. Gold 20,66.

London, 28. April. Ruhig. Confols 101,8. Ital. 5p. Rente 89,8. Lombard. 12,8. 3proz. Lombarden alte 11,8. 3proz. do. neue —.

Russia, 28. April. Russen de 1871 84,8. 3proz. Russen de 1872 84 3proz. Russen de 1873 86,8. 5proz. Türk. Loope 1865 13,8. 3,8proz. fundierte Amerikaner 103,8. Destr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 75,8. Destr. Goldrente —. Spanier 28,8. Egypter 70,8. 4proz. preuß. Confols 101,8. 4proz. bar. Anleihe —.

Platzdiscont 2,8pct. Silber —.

Petersburg, 28. April. Wechsel auf London 24,8. II. Orient. Anleihe 90,8. III. Orientanleihe 90,8.

Newyork, 27. April. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95,8. Wechsel auf London 4,86,8. Cable Transfers 4,89,8. Wechsel auf Paris 5,16,8. 3proz. fundierte Anleihe 102,8. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 121,8. Erie-Bahn 36,8. Central-Pacific 116,8. Newyork Centralbahn 127,8. Chicago-Eisenbahn 140.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten 2,8 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 27. April. Getreidemarkt. Weizen loco unv. auf Termine ruhig. Roggen loco unv. auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 214,00 Br

